

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Annelie Buntenbach und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Förderung der Broschüre „Volk auf dem Weg“ durch das Bundesministerium des Innern**

Mit Förderung durch das Bundesministerium des Innern erschien die Broschüre „Volk auf dem Weg – Deutsche in Rußland und in der GUS 1763–1993“. Herausgeber sind der „Kulturrat der Deutschen aus Rußland e. V.“ und die „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland e. V.“.

Die übersichtliche Darstellung der Geschichte der Rußlanddeutschen basiert auf überarbeiteten Manuskripten des Dr. Karl Stumpp (1896 bis 1982), dem als „Ehrenpräsident“ das Heft für seine „unvergeßlichen Verdienste um die Rußlanddeutschen in Dankbarkeit und Verehrung gewidmet“ ist.

In der Tat ist dem Text die Handschrift Dr. Stumpps anzumerken. Er war bereits 1933 führender Funktionär des „Volksbund für das Deutschtum im Ausland“ (VDA, heute: „Verein für das Deutschtum im Ausland“) und Mitglied der NSDAP. In der „Hauptstelle für auslandsdeutsche Sippenkunde“ des „Deutschen Auslands-Institut“ leitete er die Abteilung Rußlanddeutsche. Seine Verdienste dort bestehen in der karteimäßigen Erfassung der Rußlanddeutschen, die durch die verhängnisvolle Minderheitenpolitik des VDA als 5. Kolonne für das NS-Regime funktionalisiert wurden. Der Zweck der Erfassung, nämlich die „Bereithaltung der Rußlanddeutschen für ihren in Zukunft etwa möglichen Einsatz in Rußland“, wurde dem Oberkommando der Wehrmacht 1938 gemeldet.

Dr. Stumpp veröffentlichte „Die Volksbiologie der Rußlanddeutschen“ und war später als Leiter des „Kommando Dr. Stumpp“ und in den „Sippenämtern“ Shitomir und Dnjepropetrowsk an der Selektion beteiligt. Dabei fertigte er selbst „Abstammungsgutachten“ an. Es muß davon ausgegangen werden, daß viele derjenigen, die von Dr. Stumpp als „Juden oder jüdische Mischlinge“ in die „Volksliste 4“ eingeordnet wurden, den Vernichtungskommandos der SS zum Opfer fielen.

Schon 1958 saß Dr. Stumpp wieder im Kuratorium des VDA. 1981 wurde er von dem damaligen Verwaltungsratsvorsitzenden Hans Klein anlässlich der 100. Wiederkehr des Gründungsjahres des Vereins geehrt.

Angesichts dieser Geschichte ihres Urhebers wundert es kaum, wenn in „Volk auf dem Weg“ der Krieg des NS-Regimes gegen die Sowjetunion als Befreiung der Rußlanddeutschen uminterpretiert wird. Die Germanisierungspolitik der Nationalsozialisten im besetzten Polen im Rahmen des berüchtigten „Generalplan Ost“ wird als Rettung der Rußlanddeutschen beschrieben. Zweifels- ohne waren viele Rußlanddeutsche, sofern sie von Dr. Stumpp als „völkische Mischfälle“ oder „fremdvölkisch gemischte“ Familien erkannt wurden, selbst Opfer der Nationalsozialisten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welcher Höhe und aus welchem Haushaltstitel hat das Bundesministerium des Innern die Broschüre „Volk auf dem Weg“ gefördert?
2. Setzt das Bundesministerium des Innern die Broschüre „Volk auf dem Weg“ zu Informationszwecken ein?
  - a) Wenn ja, wie hoch ist die vom Bundesministerium des Innern übernommene Auflage?
  - b) Wenn ja, wie hoch ist die derzeit beim Bundesministerium des Innern vorhandene Auflage?
3. In welcher Höhe und aus jeweils welchen Haushaltstiteln erhielten der „Kulturrat der Deutschen aus Rußland e. V.“ und die „Landsmannschaft der Rußlanddeutschen e. V.“ in den Jahren 1992, 1993, 1994 und 1995 Bundesmittel für jeweils welche Projekte?
4. Inwieweit würde sich die Bundesregierung der Auffassung anschließen, daß die Darstellung der Geschichte der Rußlanddeutschen in der Broschüre „Volk auf dem Weg“, besonders was die Zeit des Zweiten Weltkrieges angeht, ausgesprochen einseitig beschrieben ist und sich daher keineswegs zur Information einer „breiten Öffentlichkeit“ und der „eigenen Volksgruppe“ eignet?
5. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in der in „Volk auf dem Weg“ abgedruckten Feststellung des 3. Kongresses der Deutschen der ehemaligen UdSSR vom 28. Februar 1993, „die Uneinigkeit in unserer nationalen Bewegung widerspricht den Interessen der Rußlanddeutschen“, eine Tendenz zum Antipluralismus enthalten ist?

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Selbstbezeichnung „nationale Bewegung“ eine separatistische

Tendenz ausdrückt, die in Erwägung derzeitiger Konflikte in der GUS einem friedlichen Zusammenleben der deutschen Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung abträglich sein könnte?

Bonn, den 10. Oktober 1995

**Annelie Buntenbach**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

